

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Erwin Huber

Abg. Annette Karl

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Markus Ganserer

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Klaus Stöttner

Staatsminister Franz Josef Pschierer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE
WÄHLER**

"Mobilfunkabdeckung verbessern - die Chancen von National Roaming nutzen!"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen oder Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. – Erster Redner ist Kollege Glauber, der gleich zehn Minuten lang spricht. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Markus Blume hat gerade davon gesprochen, dass es um Sachthemen und um Inhalte geht. Ich glaube, die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat immer Sachthemen gefunden, den Breitbandausbau und den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur. Wir werden heute zu einem Thema sprechen, mit dem sich aus meiner Sicht der nächste Bayerische Landtag und auch der Bundestag auseinandersetzen müssen. Es geht um nationales Roaming.

Nationales Roaming ist gerade beim Schließen weißer Flecken notwendig. Die Bayerische Staatsregierung, der Wirtschaftsminister und die CSU-Fraktion möchten im Prinzip 500 neue Masten in Bayern bauen, aber die Masten sollen nicht von den Telekommunikationsunternehmen gebaut werden, die dafür zuständig sind, sondern die Gemeinden werden aufgefordert, beim Bau der Masten mitzumachen, weil es sonst nicht funktioniert und der Markt auch keine Mittel dafür bereitstellt. Nach dem allerers-

ten Entwurf – wir können schauen, wie es am Ende ausgehen wird – sollen die Gemeinden dazu beitragen, indem sie 20 % der Infrastruktur selbst bezahlen.

(Staatsminister Franz Josef Pschierer: Das stimmt doch nicht!)

So lautete zumindest der allererste Entwurf. Das wissen Sie, Herr Wirtschaftsminister Pschierer. Ihre Vorgängerin, Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, hat genau diesen Entwurf diesem Hohen Haus vorgestellt. Sie haben sehr schnell gemerkt, dass der Bayerische Gemeindetag und die Kommunen sich vehement und völlig zu Recht gegen diesen Entwurf stellen. Wir haben dann von Anfang an versucht, Ihnen eine andere Idee schmackhaft zu machen.

Markus Blume, der Generalsekretär, ist seit zehn Jahren mein Kollege im Wirtschaftsausschuss. Gegenüber der Idee des nationalen Roamings hat er das Argument der Marktgläubigkeit vertreten und immer wieder gesagt: Wir können doch bei aller Liebe den Wettbewerb nicht behindern. – Wir FREIE WÄHLER wollen den Wettbewerb nicht behindern, aber wir wollen ein Sharing, wir wollen, dass die Infrastruktureinrichtungen von mehreren Betreibern genutzt werden können. Sie werden sehen, dass in der nächsten Ausschreibung der Bundesnetzagentur, der 5G-Ausschreibung, nationales Roaming oder Sharing enthalten sein wird. Die Bundesnetzagentur wird dieses Thema aufgreifen; denn damit werden weiße Flecken geschlossen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger Geld aufbringen müssen, ohne dass dort privates Geld eingesetzt werden muss. Zuständig dafür sollen die Telekommunikationsunternehmen sein.

Bei der Versteigerung der letzten Lizenzen haben die Unternehmen, die drei großen Player, zugesichert, dass sie 97 % der Bevölkerung versorgen werden. Das ist nicht passiert. In Bayern haben wir nur eine Versorgung von 92 oder 93 %. Im ländlichen Raum gibt es weiße Flecken, die unterversorgt sind. Diese weißen Flecken wollen Sie jetzt in Zusammenarbeit mit den Kommunen, die Ihnen als Partner zu Seite stehen sollen, schließen. Sie sollten ein Telekommunikationsunternehmen finden, das zusam-

men mit Ihnen diese Mobilfunkmasten betreibt. Das alles wird so nicht funktionieren, Kolleginnen und Kollegen.

Erwin Huber wird heute zum letzten Mal an diesem Rednerpult zu diesem Thema sprechen. Sie haben in diesem Haus lange Zeit immer die Marktgläubigkeit vertreten. Glauben Sie doch nicht immer dem Markt. Der Markt wird es nicht regeln. Wir, die FREIEN WÄHLER, haben Ihnen einen anderen Weg aufgezeigt. Wir haben gesagt: Dort, wo es weiße Flecken gibt – das haben andere Länder in der Gesetzgebung vorgemacht –, können wir nationales Sharing oder nationales Roaming für eine gewisse Zeit zulassen. Es muss nicht für 10 oder 15 Jahre lang eingeführt werden, aber die Bürger müssen damit versorgt werden. Wir, die Politikerinnen und Politiker im Bayerischen Landtag, sind verpflichtet, den Bürgern in den weißen Flecken im ländlichen Raum eine Versorgung anzubieten. Mit nationalem Roaming – andere Länder haben es vorgemacht – hat der Bürger die Chance, auf diese Infrastruktur zuzugreifen. Wir, die FREIEN WÄHLER, werden diese Idee weitertragen.

Ich habe Ihnen beim Ausbau des Breitbands und des Mobilfunks immer vorgehalten, dass die weißen Flecken schon heute geschlossen wären, wenn Sie in der Ausschreibung lukrative Standorte mit weniger lukrativen Standorten kombiniert hätten. Sie wollten dieser Idee aber nie näher treten. Nie haben Sie lukrative Standorte mit zwei unlukrativen oder weniger lukrativen Standorten verbinden wollen. Dabei hätten für jeden Superstandort zwei oder drei neue Standorte geschaffen werden müssen. Das wäre eine Flächenversorgung gewesen, die unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern nichts gekostet hätte. Das wäre vorausschauende Politik gewesen.

Sie sprechen von dem Wettbewerb der besten Ideen. Wir haben Ihnen wieder einmal eine gute Idee unterbreitet. Beim Breitbandausbau wurden wir immer belächelt. Als wir 2008 in dieses Haus eingezogen sind, haben wir schon gefordert, dass Glasfaser in jedes Haus verlegt werden muss. Wir werden bei dem Gedanken "Glasfaser in jedes Haus" bleiben, weil das der richtige Weg ist. Denken Sie doch an die Marktgläubigkeit: Man hat heute eine Glasfaserinfrastruktur bis zum Kupferverzweiger. Und wer besitzt

die Kupferverzweiger? Ein deutsches Unternehmen besitzt 32.000 der 40.000 Kupferverzweiger. Damit gibt es keinen Wettbewerb. Es gibt keinen Markt, und diese Struktur müssen wir aufbrechen. Genau dort wollen wir FREIEN WÄHLER ansetzen. Wir wollen die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sichern. Wir wollen sicherstellen, dass die Unternehmen untereinander eine Regelung finden, und wir müssen das politisch begleiten. Wir müssen die Unternehmen an die Hand nehmen und die Voraussetzung schaffen.

Die Bundesnetzagentur wird bei der Versteigerung der 5G-Lizenzen – da bin ich mir ganz sicher – den Weg eines nationalen Sharings und einer Teilung der Masten mitgehen. Darüber werden sich auch die Bürgerinnen und Bürger freuen, weil nicht drei Masten nebeneinander gebaut werden müssen, sondern nur ein Mast errichtet werden muss. Dann wird auch die Diskussion um Strahlenbelastung und Sendeleistung zum Erliegen kommen.

Noch einmal: Nicht die Marktgläubigkeit ist entscheidend. Entscheidend ist, den Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Wie oft sind heute in der Regierungserklärung und der Aussprache dazu der Bürger und das Ziel, den Bürger in den Mittelpunkt zu rücken, angesprochen worden. Rücken Sie also die Bürger im ländlichen Raum ohne Versorgung in den Mittelpunkt! Schaffen Sie ein nationales Sharing! Gehen Sie als Erste einen bayerischen Weg und lassen Sie die Kommunen außen vor! Die Gemeinden haben damit überhaupt nichts zu tun. Sie haben den Breitbandausbau in Bayern bisher in hervorragender Art und Weise gestemmt, obwohl das nicht ihre Aufgabe ist. Die Gemeinden, gerade die Flächengemeinden, sind nach wie vor die Gekniffenen, weil es extrem schwierig ist, Breitband in Flächengemeinden auszubauen, und weil da auch die Förderquoten zu niedrig sind, sodass die Bürger mitbezahlen müssen.

Noch einmal: Übernehmen Sie Ihre Verantwortung als Staatsregierung, übernehmen Sie Ihre Verantwortung auf Bundesebene, schaffen Sie für weiße Flecken draußen eine Regelung, nach der die drei großen Telekommunikationsbetreiber den Wettbewerb untereinander so gestalten, dass der Bürger im Mittelpunkt steht und eine Ver-

sorgung hat. Schaffen Sie eine Regelung für nationales Roaming und sorgen Sie dafür, dass der Wettbewerb so gestaltet wird, dass zu den drei Telekommunikationsbetreibern neue Marktteilnehmer kommen. Dadurch könnte der Markt geöffnet werden, und es könnte viel mehr Wettbewerb entstehen. Sie hätten viele Chancen mit nationalem Roaming. Ergreifen Sie sie! Wir FREIEN WÄHLER haben Ihnen die Palette hingelegt und haben Ihnen auch den Weg aufgezeigt. Sie müssen jetzt nur noch zugreifen. Ich gehe davon aus, Sie werden diesen Weg in der nächsten Periode gehen; denn nur so werden Sie die weißen Flecken schließen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Glauber. – Nächste Wortmeldung: Kollege Huber für die CSU. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gestehe, dass ich mit gemischten Gefühlen hierher ans Rednerpult gegangen bin; denn es ist – der Kollege Glauber hat es ja gesagt – mutmaßlich die letzte Rede, die ich nach 40 Jahren im Hohen Haus hier halte. 1979 bin ich mit eher wackligen Knien hierher gegangen, um über die Chancen der jungen Generation zu reden. Jetzt kann ich feststellen, dass die Realität in Bayern 2018 all das übertroffen hat, was wir uns 1979 vorgestellt haben. Ich muss dazu sagen: dank der CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Wo wären Sie ohne CSU? Da wären Sie vielleicht gar nicht da. Ich müsste Ihnen eigentlich dankbar sein, dass Sie mir die Gelegenheit geben, noch einmal zu reden. Aber damit ist es mit der Freundlichkeit auch schon vorbei; denn jetzt kommen wir zum politischen Bereich.

Herr Kollege Glauber, wir kennen uns ja jetzt vom Wirtschaftsausschuss her sehr lange. Ich würde sagen, Sie haben schon bessere Reden als heute gehalten. Ich habe

mich nämlich gefragt, ob jemand, der nicht tief im Fachbereich steckt, Ihre Rede überhaupt versteht, weil Sie heute so viel Fachchinesisch hereingebracht haben. Aber ich habe Sie verstanden. Ich sage das, damit es keine Schwierigkeiten gibt.

(Georg Rosenthal (SPD): Heller Kopf!)

– Ich danke. Herr Kollege. Wenn Sie an meine Adresse "heller Kopf" hereinrufen, sage ich: Dass ich so etwas aus den Reihen der SPD noch erleben darf.

(Horst Arnold (SPD): Wir sind Zeitzeugen!)

Jetzt kommen wir zur Sache. Es geht eigentlich um die Telefonie, um die Versorgung der Bürger mit Telefondienstleistungen heute und in der Zukunft. Wenn ich aber jetzt zurückschaue, stelle ich fest, dass es zunächst einmal, bedingt durch den Wettbewerb, für die ländlichen Räume den großen Vorteil gab, dass die Bürger die hohen Fernmeldegebühren, die sie vorher hatten, nicht mehr bezahlen mussten. Wenn Sie heute aus Forchheim nach München telefonieren, ist das bei einer Pauschale kostenlos. Heute finden Sie es gut, dass der Staat das macht. Früher hat jedes Telefonat von Forchheim nach München 20 DM gekostet. Das ist der Fortschritt. Ich sehe, dass der technische Fortschritt dem ländlichen Raum ungeheuer viel gebracht hat, nämlich eine deutliche Kostenreduzierung im Bereich der Telefonie.

Das europäische Roaming, ganz neu in Kraft getreten, hat dazu geführt, dass die Urlauber heuer und im letzten Jahr ihre Lieben zu Hause im Grunde mit Inlandstarifen anrufen konnten und nicht zu den hohen Kosten telefonieren mussten, die man früher gehabt hat. Auch das ist ein Fortschritt. Es gab also zweimal einen großen Fortschritt, den man auch anerkennen sollte. Ich glaube durchaus, dass manche Bürger, die heute so oft angesprochen wurden, vielleicht auch deshalb verwirrt sind und eher Ängste haben, weil wir die echten Fortschritte zu wenig darstellen und die kleinen Mängel, die es noch gibt, übertreiben.

Ich will aber nicht verschweigen, dass es im Bereich Mobilfunk LÖcher gibt, was uns auf Dauer natürlich nicht zufriedenstellen kann. Wenn ich heute aus meinem geliebten Niederbayern auf der Autobahn nach München unterwegs bin, erlebe ich, dass ich drei-, viermal in Funklöchern unterbrochen werde, zum Beispiel wenn ich Herrn Rinderspacher anrufen würde. Das fällt mir zwar nicht ein; aber es müsste technisch möglich sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich würde auch nicht rangehen!)

So kann es nicht bleiben, um das einmal klar zu sagen. Das muss geändert werden.

Die Versteigerung der Frequenzen fand Anfang der 90er-Jahre statt. Das war noch unter dem Postminister Bötsch,

(Zuruf von der SPD: Seligen Angedenkens!)

der sich damals selber bzw. sein Amt abgeschafft hat.

Seinerzeit hat man die Bedingungen festgelegt, nämlich: 97 % der Haushalte müssen bedient werden. Man hat im Grunde nur auf Haushalte abgestellt. Im Nachhinein zeigt sich aus meiner Sicht der Fehler, dass man nicht die Fläche gesehen hat. Die mobile Telekommunikation ist erst später dazugekommen. 1993 hat es auch noch kein internetfähiges Handy gegeben. Das heißt, man konnte die Dynamik der Entwicklung gar nicht vorhersehen.

Ich glaube aber nicht, dass die Auktion über die Frequenzen von 1990 noch geändert werden kann; denn da gibt es Eigentumsrechte. Wenn der Kollege Aiwanger da wäre, würde ich ihm sagen: Wenn man einen Bauern verpflichten würde, dem Nachbarn seinen Schlepper zur Verfügung zu stellen, würden Sie wahrscheinlich ein Volksbegehren beantragen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Das hat er schon oder er plant es noch, wenn er in der Opposition bleibt. – Für die Frequenzen bestehen Eigentumsrechte, die man im Nachhinein nicht einfach verändern kann. Man hat jetzt in Bayern – deshalb bedanke ich mich bei Frau Aigner und bei Franz Josef Pschierer – in Verhandlungen mit den drei Anbietern massiv darauf gedrängt, dass der Ausbau forciert wird, auch über die seinerzeitige Verpflichtung hinaus. Minister Pschierer hat bekanntlich auch einen Mobilfunkpakt geschlossen, übrigens zusammen mit den Kommunen, um hier weiterzukommen.

Mit dem Programm für die Kommunen stellen wir 80 Millionen Euro zur Verfügung. Da hätten Sie sagen können, dass das eine tolle Leistung ist. Deutschland hat 16 Länder; aber kein einziges Land investiert in diesem Bereich – kein einziges. Sie sagen nur: Berlin oder Bonn, was die Netzagentur angeht, soll das machen. Wir nehmen selber Geld in die Hand. Mit den 80 Millionen Euro sollen gerade die Löcher "gestopft" werden. Sie sprechen von nationalem Roaming.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist billiger!)

– Ja, wenn es funktionieren würde. Was heißt denn überhaupt nationales Roaming? Nationales Roaming heißt, dass die anderen Anbieter auf Frequenzen mitfahren dürfen. Das heißt, zwei nutzen die eine Frequenz, die meinetwegen Telekom hat. Nur gibt es bei den meisten Funklöchern überhaupt kein Angebot. Sie können dort tausendmal nationales Roaming machen, aber wenn es kein Angebot gibt, kann auch keiner "mitfahren". Wo kein Bus fährt, kann auch keiner mitfahren. Das heißt, das nationale Roaming, dem Sie so viele Chancen einräumen, löst die Existenz der Löcher oder weißen Flecken, wo kein Anbieter da ist, gerade eben nicht, und deshalb sind Sie auf dem Holzweg.

Das heißt, was der Minister macht – –

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist nicht Aufgabe der Gemeinden!)

– Nein. – Jetzt kommen wir zu diesem Programm. Wir sagen: 80 Millionen. Die Kommunen zahlen dabei nicht drauf.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

– Nein, da zahlen die Kommunen nicht drauf. Sie erhalten 80 % Zuschuss vom Staat, und wenn sie dann Antennen bauen, würde ich wünschen, dass die GRÜNEN einmal ihre Technikfeindlichkeit zurückstellen; denn der Antennenbau scheitert ja in erster Linie auch am Widerstand von GRÜNEN vor Ort, manchmal sind auch FREIE WÄHLER dabei. Alle Leute wollen telefonieren, aber keiner will eine Antenne in seiner Nähe haben. Das geht natürlich nicht auf, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Wenn eine Gemeinde eine Antenne baut, schließt sie einen Vertrag mit den Anbietern, und sie erhält dafür eine Pacht. 80 % Zuschuss plus die Pacht ergibt 100 % – die Gemeinde zahlt somit nicht drauf.

Die Schwierigkeiten des Antennenbaus verkenne ich aber nicht; deshalb kommen wir jetzt dazu: Wenn im November über die 5G, über die fünfte Generation, entschieden wird, die im Frühjahr 2019 ausgeschrieben wird, müssten die Bedingungen anders sein. Nicht mehr nur 97 % der Haushalte sollten versorgt werden müssen, sondern aus unserer Sicht müssen 99 % der Haushalte plus die Autobahnen plus die Bundesstraßen plus die wichtigen Eisenbahnverbindungen umfasst werden, weil die Flächenbedienung sehr wichtig ist. Das heißt, wenn in der neuen Ausschreibung die Verpflichtung aller drei Anbieter enthalten ist, im Grunde keine weißen Löcher mehr zu hinterlassen, dann kommen wir dazu, dass wir wohl 2021, 2022 die letzten Löcher in Bayern weghaben und eine flächendeckende Telefonie möglich ist.

Ich denke, meine Damen und Herren, dass dieser technische Weg jetzt auch bei der Auflage für die Auktion sehr viel weiterführt. Die Zeit bis 2021, 2022 müssen wir aber überbrücken, und deshalb sage ich: Dafür machen wir das bayerische Programm. –

Übrigens lassen wir auch zu, dass die Mobilfunkbetreiber die BOS-Antennen nutzen – also den Digitalfunk von Polizei und Rettungsdiensten –, um auch hier ein weiteres Angebot zu machen. Selbstverständlich wollen wir, wie auf vielen anderen Gebieten auch, im Bereich der Telekommunikation mit moderner Dienstleistung an der Spitze stehen.

In diesem Sinne bedanke ich mich herzlich. Ich werde meine 40 Jahre im Bayerischen Landtag in immerwährender guter Erinnerung halten, und die meisten von Ihnen werde ich tatsächlich vermissen.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Huber. – Ich denke, es ist zulässig, dass ich Ihnen für die 40 Jahre danke und Ihnen für die weitere Zukunft alles Gute wünsche!

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Karl für die SPD. – Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema flächendeckende Mobilfunkversorgung und schnelles Internet ist das Zukunftsthema in Bayern und in Deutschland, und wir haben dieses Thema im Wirtschaftsausschuss oft bzw. öfters debattiert. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen und mich im Namen meiner gesamten Fraktion für die gute Debattenkultur im Wirtschaftsausschuss bedanken, speziell beim Ausschussvorsitzenden Erwin Huber, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass wir auch sehr unterschiedliche Meinungen in einer guten Form debattieren konnten. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch von meiner Seite für die Zukunft alles Gute; vielleicht trifft man sich noch einmal auf einen Kaffee.

Das Thema zeigt aber auch, dass wir schon wesentlich weiter wären, wenn viele Anträge der SPD-Fraktion angenommen worden wären. Das Thema ist für gleichwertige Lebensverhältnisse entscheidend. Es geht eben nicht nur darum, GigabitCitys zu installieren, sondern auch darum, zunächst einmal auch auf dem Lande für eine ordentliche Infrastruktur zu sorgen. Besonders entscheidend ist es für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. 5G-Mobilfunk-Standard ist notwendig für autonomes Fahren, für Industrie 4.0, für moderne Telemedizin, für intelligente sparsame Steuerung von Energienetzen und für vieles andere mehr. Eine gute digitale Infrastruktur entscheidet damit über weiteres Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern.

Wie sieht es jetzt mit der Mobilfunkversorgung in Bayern aus? – Ich sage: Da ist noch deutlich Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Im ländlichen Raum, vor allen Dingen im Grenzgebiet, hangelt man sich von Funkloch zu Funkloch, und eine Umfrage der IHK Bayern vom Mai 2008 spricht eine deutliche Sprache. 40 % aller Firmenchefs sagen, Festnetz und Mobilfunk sind mangelhaft. 44 % äußern, dass sie ein Ende ihres Firmenwachstums befürchteten, wenn sich in den nächsten zwei Jahren nichts verbessert. 62 % sagen, der Mobilfunk sei unzuverlässig. 56 % beanstanden häufige Abbrüche beim Telefonieren, und 13 % befürchten sogar konkrete Umsatzeinbußen.

Die Folge davon ist, dass Firmen wie Siemens, Volkswagen, und BASF angekündigt haben, auf ihrem jeweiligen Firmengelände eigene 5G-Netze aufzubauen. Da frage ich mich: Was ist mit den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die sich eine solche Investition nicht leisten können? – Es ist keine gute Wirtschaftspolitik, diese Betriebe und damit das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft buchstäblich im Funkloch stehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin treffen Sie aber im Funkloch die vielen Bürgerinnen und Bürger aus dem ländlichen Raum. Albanien hat eine bessere Netzabdeckung als Deutschland. Ich finde, ein so tolles Land wie Bayern sollte das nicht auf sich beruhen lassen. Immerhin kommen jetzt aber kurz vor den Wahlen Aktivitäten auf – getreu dem Motto: "Am Abend werden die Faulen fleißig"

(Zuruf von der CSU: Oh! Oh!)

kommen die Aktivitäten. So wird mit Georg Eisenreich ein Staatsminister für Digitales und auch vieles andere mehr installiert. Allerdings hat er kein eigenes Ministerium; er hat nur koordinierende Aufgaben und kann nichts durchsetzen. Das ist kein kraftvoller Schritt in Richtung Digitalisierung, sondern bestenfalls ein halbherziges Stolpern. Wenn Sie schon Anträge abschreiben, dann in Zukunft bitte richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wie wichtig ein Kopf mit Durchsetzungsbefugnis bei diesem Zukunftsthema Digitalisierung ist, zeigt ein Beispiel. Minister Pschierer, damals noch CIO, hat als Finanzstaatssekretär mit Wirtschaft und Wissenschaft die Entwicklung einer Konzeption für digitalisierte Schulen mit datenschutzkonformen Clouds, Vernetzungsmöglichkeiten für alle Schulen und dazu passende Lernsoftware etc. vorangetrieben. Das lief unter dem Namen Digitales Bildungswerk Bayern und hat sehr gute Ergebnisse geliefert. Was ist daraus geworden außer sechs Projektschulen? – Leider nichts. Irgendwie ist das Ganze nicht im Kultusministerium angekommen. Vielleicht ist hieran auch ein Funkloch schuld.

Stattdessen gibt es jetzt Aktionismus statt Strategien. Es gibt Fördergelder für Kommunen. Das ist an sich immer gut – das möchte ich gar nicht kritisieren. Jede Kommune muss sich jetzt aber mit diesen Fördergeldern selber um die Ausstattung kümmern. Das heißt, wir werden eine Vielfalt unterschiedlicher Ausstattungen haben, keine Konzeption, wie sich Schulen untereinander über Clouds vernetzen können, und vor allen Dingen eben keine gleichwertige Ausstattung an allen Schulen. – So viel zum Thema

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Hier nimmt die Staatsregierung ihre Gestaltungsaufgabe nicht an und lädt die Probleme wie immer bei den Kommunen ab. Das gleiche gilt für den Mobilfunk; darauf komme ich gleich noch.

In seiner ersten Regierungserklärung hat Ministerpräsident Söder beim Punkt "Digitalisierung" viele Projekte vorgestellt; das war zwar keine übergreifende Strategie, aber es klang doch eindrucksvoll. Nebenbei ist mir dabei einiges aufgefallen. Wenn der Ministerpräsident Modernität und Zukunftsfähigkeit demonstrieren will, kommen ausschließlich englische Begriffe. Eine kleine Auswahl: Bavaria One, Bavarian Hub for Digital Transformation, Bavarian Research Institute for Digital Transformation und vieles mehr.

(Bernhard Roos (SPD): Hyperloop!)

Ich halte unsere deutsche und bayerische Sprache für zukunftsfähig und bin stolz auf diese Sprache. Ich verstehe nicht, warum wir hier plötzlich Englisch reden müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen beim Thema Digitalisierung und Mobilfunkversorgung ein abgestimmtes Handeln in Bund und Land. Alle dafür zuständigen Ämter in Bund und Land liegen in CSU-Hand. Eigentlich hätten wir also beste Voraussetzungen. Die Realität ist aber leider eine andere. Auf der bayerischen Ebene wurde ein Mobilfunkpakt als Last-Minute-Aktion der Staatsregierung verabschiedet. Die darin enthaltene Selbstverpflichtung der Mobilfunkanbieter zum Mastenausbau ist gut. Das Förderprogramm kommt allerdings viel zu spät. Die Genehmigung der EU-Kommission lässt noch auf sich warten. Das liegt aber nicht an der "bösen" EU-Kommission, sondern daran, dass Sie viel zu spät in die Socken gekommen sind.

Die Probleme, zum Beispiel die Auseinandersetzungen mit den Bürgerinitiativen und Ähnliches, werden auch hier wieder bei den Kommunen abgegeben. Unser Vorschlag für ein abgestimmtes Handeln ist ein anderer. Unserer Meinung nach muss sich der

bayerische Freistaat um die Masten kümmern. Er muss diese Masten aufstellen, genauso wie beim BOS-Funk. Diese Masten werden jetzt ebenfalls für den Mobilfunk zur Verfügung gestellt. Parallel dazu muss die Bundesnetzagentur bei der Versteigerung der 5G-Lizenzen in die Ausbaupflichtungen mehrere Punkte aufnehmen: Zum einen brauchen wir National Roaming, damit die neuen Masten von allen genützt werden können. Herr Kollege Huber hat richtigerweise gesagt, dass nur Masten geteilt werden könnten, die schon stünden. So könnten wir auch den Markt aktivieren. Zum anderen müssen wir bei den Ausbaukriterien zu dem 99-%-Kriterium zurückkehren, das im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde. 98 % bedeuten, dass 15 % des Landes, also 1,5 Millionen Bürger, weiterhin in die Röhre schauen müssen. Das wurde schon gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Forderungen sind auch vom Chef des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, in der letzten Woche erhoben worden. Wir befinden uns hier also in guter Gesellschaft. Da ich gerade bei diesem Thema bin: Wir brauchen endlich auch eine Einigung zwischen Deutschland und Tschechien, damit die Masten im Grenzgebiet – die stehen nämlich schon – genutzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also genug zu tun. Um gleich vorzubeugen: Die EU taugt nicht als Ausrede, wenn wieder einmal nichts vorangeht. Ich bitte die CSU-Kollegen, in Zukunft auch mit ihren Kollegen in Berlin zu reden; schließlich ist das immer noch die gleiche Partei. Dann können wir nach der Landtagswahl gemeinsam einen abgestimmten Ausbau für die Bürger und die Wirtschaft in Bayern umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Karl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind es gewohnt, dass wir am Handy zu jeder Zeit erreichbar sind. Leider ist das aber nicht an jedem Ort in Bayern möglich. Smartphones und mobile Endgeräte sind zu unseren ständigen Wegbegleitern geworden, auf die wir auch im Urlaub nicht verzichten möchten. Beim Auslands-Roaming wird für Millionen Menschen tagtäglich erlebbar, dass die europäische Einheit nicht nur ein Leben in Frieden ermöglicht hat, sondern auch die konkrete Lebenswirklichkeit der Menschen im Alltag deutlich verbessert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während die Versorgung mit einem leistungsfähigen LTE-Netz in den Städten hervorragend ist, gibt es im ländlichen Raum noch erhebliche Versorgungslücken. Da verwundert es nicht, dass die durchschnittliche LTE-Verfügbarkeit bei der Nutzung in Deutschland nur bei miserablen 60 % liegt. 60 % der Anwender haben während der Nutzungszeit LTE. In anderen Ländern, zum Beispiel in Südkorea, gibt es dagegen Versorgungsraten von 97 %. Deshalb wundert es mich nicht, dass man bei einer Suchmaschine auf bis zu 100.000 Treffer kommt, wenn man die Wörter "Deutschland verschläft Digitalisierung" eingibt. Die politische Verantwortung dafür liegt bei der Bundesregierung, an der die CSU beteiligt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist in der letzten Legislaturperiode passiert? – Während der letzten Legislaturperiode ist der zuständige CSU-Bundesminister für Digitalisierung nicht gerade mit großen Taten hervorgetreten. Im Gegenteil, was er abgeliefert hat, war im Vergleich zu seinem Anzug ziemlich kleines Karo. Das wundert mich nicht; denn er war ja zu Höherem berufen. Er hatte ja mit so tollen Projekten wie der Ausländermaut zu tun, die ihn scheinbar mehr als gefordert haben. Bei der Frequenzversteigerung, der sogenannten Digitalen Dividende II, hat Herr Dobrindt auf den größtmöglichen Profit geschielt, um sein Breitband-Förderprogramm aufstocken zu können. Das war verkehrt, weil ver-

säumt worden ist, den Netzbetreibern entsprechend hohe Versorgungsstandards vorzuschreiben.

Deswegen wundert es mich nicht, dass die Netzbetreiber im Rahmen des freien Wettbewerbs die vergleichsweise extrem hohen Kosten für Mobilfunkmasten in der Fläche gescheut und erst einmal die Städte versorgt haben. Die katastrophal schlechte Versorgung mit Mobilfunk im ländlichen Raum ist ein Paradebeispiel für das politisch organisierte Marktversagen. Dafür hat die CSU die Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau deshalb, weil Sie bei den politischen Vorgaben versagt haben, überzeugt das Förderprogramm für Mobilfunkmasten nicht. Dieses Programm geht in die falsche Richtung und lenkt vom eigenen Versagen ab. Die Politik muss bei der Vergabe der 5G-Lizenzen darauf achten, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Hier müssen klare Vorgaben gemacht werden. Ich wage zu bezweifeln, dass die Einbeziehung der Autobahnen, Bundesstraßen und der Bahnlinien ausreicht. Bei vielen Mobilfunkanwendungen, zum Beispiel dem autonomen Fahren, bräuchten wir die Abdeckung aller Straßen, nicht nur die Abdeckung von Bundesstraßen und Autobahnen. Wir müssen hier von anderen Ländern lernen. In Finnland und Schweden werden die Lizenzen kostenlos zur Verfügung gestellt. Dafür besteht die Vorgabe, dass die Netzabdeckung auch im "hinterletzten" Bereich des Landes gewährleistet sein muss. Diese Vorgaben sollten wir auch für Bayern und Deutschland machen.

Schon bei der Plenardebatte im Jahr 2016, als es um die Mobilfunkversorgung ging, habe ich darauf hingewiesen, dass das Inland-Roaming eine kostengünstige Möglichkeit wäre, die Versorgung der Menschen zu verbessern. Ich will nicht in Abrede stellen, dass die Ausgestaltung der Gesetze eine knifflige Aufgabe ist. Der Wissenschaftliche Dienst hat aber aufgezeigt, dass dies prinzipiell möglich ist. In anderen europäischen Ländern ist das Standard. Wirtschaftlich wäre dies eine vernünftige Sache, auch für den ländlichen Raum, weil dann die Mobilfunkmasten allen Betreibern

zur Verfügung stünden. Das wäre billiger, als das Netz dreimal aufzubauen. Damit würde vor allem der Wettbewerb gefördert. Wir können doch nicht von einem Wettbewerb sprechen, wenn wir drei große marktbeherrschende Konzerne haben und sonst niemand mitmischen kann. Es wäre ein hervorragender Beitrag zum Wettbewerb, auf dem Markt Inland-Roaming und neue Player einzuführen, damit diese die Infrastruktur der anderen mitnutzen können. Gerade für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sind ein mobiles Internet und eine Mobilfunkabdeckung sehr wichtig, und es braucht mehr als ein Heimatministerium, um dem Verfassungsauftrag zu entsprechen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Deswegen braucht es auch Vorgaben für das Inland-Roaming in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Ganserer. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Holetschek. Bitte schön, Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch dieses Förderprogramm könnte man einfach mit dem Titel "Bayern macht's" überschreiben. Während andere diskutieren und das Problem hin- und herwälzen, hat das bayerische Wirtschaftsministerium ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, das genau dieses Problem lösen soll, dass wir für eine leistungsfähige Infrastruktur tatsächlich auch die notwendigen Mobilfunkverbindungen und die erforderliche Infrastruktur, auch der Masten, brauchen.

Herr Staatsminister, den Mobilfunkpakt haben, wenn ich es richtig im Kopf habe, nicht nur die Mobilfunkunternehmen, sondern auch die Spitzenverbände, nämlich der Gemeindetag und der Städtetag, also die Herren Dr. Brandl und Dr. Gribl, unterzeichnet.

Insofern stellt sich natürlich die Frage, warum man jetzt kritisiert, dass die Kommunen in diesem Förderprogramm vorkommen.

Man muss vielleicht die grundsätzlichen Dinge definieren, um von einheitlichen Aspekten zu reden. Das Förderprogramm ruht eigentlich auf drei Säulen: Erstens besteht es aus einem Programm für die Kommunen, und zwar für Gebiete, in denen es weder einen Sprachmobilfunk noch einen Notruf gibt. Dies zur Erläuterung, damit wir wissen, worüber wir reden, also über die berühmten weißen Flecken. Außerdem handelt es sich um Freiwilligkeit. Das heißt, eine Kommune kann eine Baubeauftragung oder eine Baukonzession wählen. Die Kommune wird durch Musterausschreibungen und durch Musterverträge unterstützt und begleitet, sodass relativ wenig bürokratische Hemmnisse vorhanden sind. Es gibt in der Oberpfalz, nämlich in Regensburg, ein Mobilfunkzentrum, das die Themen koordiniert. Wir sind jetzt in Bezug auf das Förderprogramm so weit, dass die EU bereits positiv signalisiert hat, es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann das Programm auf den Weg gebracht werde.

Die zweite Säule betrifft die Ertüchtigung der Masten für den Digitalfunk. Das heißt, wir benutzen die Digitalfunk-Infrastruktur nicht allein, können aber die Masten mitbenutzen.

Bei der dritten Säule muss tatsächlich die Zusage der Mobilfunkdienste vorliegen, die Dinge über die Auflagen hinaus zu verbessern. Auch auf diesem Gebiet gibt es bereits Erfolge. Insofern handelt es sich um ein stimmiges Konzept.

National Roaming wäre natürlich wünschenswert. Ich kenne aber im Moment kein europäisches Land, in dem es National Roaming gibt. Österreich hat kein verpflichtendes, sondern ein freiwilliges National Roaming. Das wollen wir auch, dafür setzen wir uns ein. Dabei soll es auch erweiterte Bedingungen geben, zum Beispiel, dass das Kartellrecht nicht sofort zuschlägt; denn in dieser Frage sind noch weitere Akteure im Spiel.

Ein Unterschied zum internationalen Roaming besteht insofern, als neben dem Staat auch Unternehmen betroffen sind. Die Frage ist, ob man ein anderes Unternehmen verpflichten kann, eine Dienstleistung zu übernehmen. Diese grundsätzliche Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Deswegen sage ich nochmals: Ja, National Roaming auf freiwilliger Basis; aber mal sehen, wie es sich weiterentwickelt. Das National Roaming wollen wir genauso. Aber die Frage, die auch andere Länder sehen, ist natürlich – in Kanada war das wohl so –: Der Netzausbau ist zurückgegangen, nachdem dort auch die Frage des Roamings gestellt worden ist. In diesem Bereich gibt es also durchaus noch ein paar offene Themen.

Lieber Herr Kollege Glauber, wir arbeiten im Wirtschaftsausschuss gut zusammen. Aber was mich in letzter Zeit gnadenlos nervt, ist der Populismus, den ihr FREIE WÄHLER da insgesamt an den Tag legt.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

– Doch, das ist so. – Ob es Strabse oder Strebse sind, ob es Kitas oder Roamings sind, es ist immer dasselbe Muster: Man wirft ein Schlagwort rein, ohne dass man die Dinge konkret hinterfragt. Aufräumen müssen dann die anderen. Aber man haut erst einmal die Schlagzeile raus; das ist im Moment das Muster dieser Politik. Franz Josef Strauß, ein wirklich großer Staatsmann, hat mal gesagt: "Man muss dem Volk aufs Maul schauen, aber darf ihm nicht nach dem Mund reden." Ihr redet den Menschen nach dem Mund und schaut ihnen nicht aufs Maul. Die sinnvolle Politik machen wir; Bayern macht's. Auch dieses Programm ist ein weiterer Schritt für Bayerns Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Holetschek. – Nächster Redner ist Herr Kollege Stöttner. Herr Stöttner, die Zeitanzeige funktioniert nicht. Sie können sich nicht darauf verlassen, dass sie ewig bei 04:40 stehen bleibt.

(Klaus Stöttner (CSU): Dann habe ich vier Minuten, oder?)

– Sie haben fünf Minuten. Bitte schön.

Klaus Stöttner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, lieber Herr Wirtschaftsminister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Freund Thorsten Glauber, deine Worte zum National Roaming haben mich tief berührt, weil ich vor circa zwei Jahren bei uns in der Fraktion die gleiche Rede gehalten habe.

(Zuruf von der SPD: Die gleiche!)

Ich war der festen Überzeugung, dass das nationale Roaming der absolute Treffer sei. Aber es unterscheidet unsere Fraktionen von eurer, dass wir natürlich im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Umsetzungsstrategien darauf schauen müssen, ob ein Vorschlag machbar ist oder nicht. Ich habe mich in diesen eineinhalb Jahren belehren lassen, dass das nationale Roaming nach dem Konzept der Österreicher mit einer österreichischen Karte in Deutschland – sie haben bei uns quasi ein internationales Roaming – sozusagen eine Verbesserung darstellt. Das stimmt dort, wo Vodafone, Telekom und Telefónica gemeinsam Betreiber sind. Ich möchte nichts gegen meine Freunde aus Niederbayern sagen. Aber in Niederbayern gibt es wirklich Gebiete, die absolut leer sind. Dort hilft, wie Erwin Huber gesagt hat, das nationale Roaming nichts, weil die notwendige Struktur fehlt. Den Mobilfunkpakt Bayern, den ich mitgebracht habe, haben auch die Gemeinden unterschrieben. Die Spitzenverbände, die Bayerische Staatsregierung und die Mobilfunkbetreiber sind einhellig der Überzeugung, dass es dringend notwendig ist, diese Versorgungslücken und weißen Flecken anzugehen. Daher ist dieser Pakt mit den Kommunen absolut richtig.

In Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung ist es ein guter Weg, dass der Freistaat Bayern die Kommunen dort, wo es notwendig ist, unterstützt, etwa wenn es darum geht, in den weißen Flecken zur Notfallversorgung die Funkmasten aufzubauen. Die notwendige, auch grenzüberschreitende Vernetzung muss auch Aufgabe der dortigen Kommunen und Landkreise sein.

Nichtsdestoweniger sind wir als CSU der Überzeugung, dass wir die Situation nicht komplett dem Markt überlassen, sondern mit diesem Mobilfunkpakt entsprechende Akzente setzen sollten. Es ist wichtig, dass der Freistaat Bayern in dieser Angelegenheit in Berlin vorstellig geworden ist, um unsere Leute zu unterstützen. Es ist auch wichtig, die Mobilfunkmasten allen Betreibern zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden müssen entweder durch Baukonzessionen oder durch Bauauftragsvarianten diese beiden Möglichkeiten bieten, damit diese Lücken durch alle Mobilfunkbetreiber geschlossen werden können.

Aber dass ihr so einen Vorwurf, liebe Kollegin Karl und lieber Kollege Ganserer erhebt, finde ich sehr schade, weil der Freistaat Bayern, etwa mit eigenem Minister, aufgrund vieler Aktivitäten Vorreiter ist, ein Flächenland wie Bayern auf dem Gebiet der Digitalisierung wirklich voranzubringen. Es ist zu bedenken, dass wir mit unserer Städte- und Gemeindestrategie an allen notwendigen Plätzen der Kommunen die Einrichtung von WLAN unterstützen und versuchen, in allen Häusern der öffentlichen Hand Mobilität zu gewährleisten. Kein anderes Land ist so aktiv wie der Freistaat Bayern.

Der Ausbau des Breitbands im ländlichen Raum ist eine besondere Art, die Gewerbesiedlung in den Kommunen zu unterstützen und deren Eigenständigkeit zu gewährleisten. Deswegen sind wir mit unserer Digitalstrategie und der neuen Mobilfunkpaktstrategie auf einem sehr guten Weg. Reden wir nicht alles schlecht; denn dies kann ein erster Weg sein. Ich gebe allen Rednern insofern recht, als man besonders bei der nächsten Vergabe der Bahnlizenzen automatisch eine optimale WLAN-Versorgung in den Zügen fordern muss, damit die Leute verstärkt mit dem ÖPNV fahren und im Zug arbeiten können. Deswegen ist es auch notwendig, dass wir uns zukünftig bei diesen Verträgen gut vorbereiten.

Nichtsdestoweniger sind wir ein Rechtsstaat. Wir halten uns an die gegebenen Verträge. Wir können das Telekommunikationsgesetz nicht so abändern, dass alle Partner benachteiligt werden. Deswegen: Rechtsstaatlichkeit ja, bei neuen Ausschreibungen: mehr Sensibilität. Da bin ich voll bei Ihnen. Trotzdem ist Bayern auf diesem Gebiet gut

aufgestellt. Reden wir unser Land nicht so schlecht. Wir haben wirtschaftlich die hervorragendsten Leute. Fragen Sie mal bitte im Silicon Valley, welche Breitbandversorgung manche digitalen Zentren dort haben; denn dort sind sie außergewöhnlich schlecht. Wir sind, zum Beispiel in Rosenheim, mit einem Gbit/s bei der Vernetzung für unsere Wirtschaft hervorragend aufgestellt.

Die Gründung digitaler Gründerzentren ist eine tolle Maßnahme des Wirtschaftsministeriums des Freistaates. Dafür bin ich sehr dankbar. Herr Wirtschaftsminister, was Sie für den Freistaat Bayern auf den Weg gebracht haben, ist für ganz Deutschland beispielhaft. Alles Gute und viel Glück für die bevorstehende Wahl! Mögen die Menschen dies auch anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Stöttner. – Für die Staatsregierung erteile ich dem Staatsminister Pschierer das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Franz Josef Pschierer (Wirtschaft, Energie und Technologie): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die erwähnten Dinge auseinanderzunehmen und in eine Logik zu bringen. In dieser Aktuellen Stunde haben wir über Breitband, Mobilfunk und 5G gesprochen. Zum Thema 5G merke ich bescheiden an: Die einzige Person im Hohen Haus, die den Freistaat seit vier Jahren im Beirat bei der Bundesnetzagentur vertritt, steht vor Ihnen. Das bin ich. Die letzte Sitzung hat am Montag stattgefunden. Es geht um die Bedingungen für die Versteigerung der 5G-Frequenzen. Herr Ganserer, das ist der einzige Punkt, bei dem ich Ihnen recht gebe: Bislang konkurrieren bei der Versteigerung auf Bundesebene zwei Ministerien miteinander. Der Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland hat Interesse an möglichst hohen Versteigerungserlösen. Der Wirtschaftsminister auf Bundesebene und auch die Länderminister haben Interesse am Ausbau der Infrastruktur. Deshalb nenne ich Ihnen jetzt drei Punkte, die uns bei der Versteigerung wichtig sind:

Erstens. Höhere Versorgungsaufgaben. Am Montag wurde darüber gesprochen, dass es keine Diensteanbieterpflicht gibt. Auch über das Thema National Roaming wurde gesprochen, aber über ein National Roaming auf freiwilliger Basis.

Herr Glauber, Sie haben das Problem des Marktversagens angesprochen. Das Marktversagen ist der Grund, weshalb der Freistaat ein Mobilfunkprogramm auflegt. Beim Breitbandausbau haben wir es schon erwähnt: In der sozialen Marktwirtschaft gibt es auch das Marktversagen. Wenn der Markt versagt, können in einer Marktwirtschaft der Staat oder die Kommunen eingreifen. Jedoch haben Sie einen grundlegenden Fehler gemacht: Roaming funktioniert nur, wenn Infrastruktur vorhanden ist. Erwin Huber, Klaus Stöttner und Klaus Holetschek haben Ihnen das deutlich gemacht. Wo nichts ist, kann ich nichts machen. Der erste missverständliche Punkt, den Sie angeführt haben, betrifft die technische Seite. Für National Roaming brauchen Sie eine Infrastruktur.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinden!)

– Nein. Es muss ja keine Kommune sein. Entschuldigung – –

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Dann machen Sie es!)

– Herr Glauber, der Reihe nach. Wir werden es nicht machen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Also gut!)

Roaming gibt es auch nicht zum Nulltarif. Beim Verbindungsaufbau entstehen Kosten. Das wissen Sie auch.

(Annette Karl (SPD): Ja, natürlich!)

– Frau Kollegin, Sie haben das auch angedeutet. Die Kosten müssen umgelegt werden. Das sei zur technischen Seite gesagt.

Den zweiten Punkt hat der Kollege Holetschek angesprochen: Roaming verbessert den Wettbewerb nicht. Die Bereitschaft zum Ausbau einer eigenen Infrastruktur sinkt natürlich, wenn die Infrastruktur des Wettbewerbers genutzt werden kann.

Den dritten Punkt dürfen wir auch nicht vernachlässigen: Herr Kollege Glauber, es gibt keine Rechtsgrundlage. Im Telekommunikationsgesetz ist sie nicht verankert. Es geht nicht. Es wird immer wieder angeführt, nach Österreich zu schauen. Herr Kollege Holetschek hat das schon angedeutet. Freiwilliges Roaming ist möglich. Es gibt kein Problem, dass Telefónica, Telekom und Vodafone zusammenarbeiten. Nach der Fusion von O₂, Telefónica und E-Plus funktioniert es ja. Das ist nichts anderes als das, was wir andeuten: freiwillige Zusammenarbeit.

Ich möchte ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen aussprechen, die das Programm angeführt haben. Herr Kollege Glauber, bitte schauen Sie in die anderen Bundesländer. Am Montag war ich oben. Dort sitzt neben mir der Herr Untersteller von den GRÜNEN in Baden-Württemberg. Da sitzen der Kollege Olaf Lies, Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion in Niedersachsen, und viele andere. Inzwischen sollen wir darüber berichten, wie wir das zur Verfügung stellen. Es gibt andere Bundesländer, die sich am Mobilfunkpakt nicht beteiligen können. Diese werden sich aber an unserem Programm orientieren. Bitte leisten Sie alle Ihren Beitrag dazu, damit dieses Programm auch ein Erfolg wird. Meine Damen und Herren, in diesem Programm haben wir die Errichtung von 1.000 neuen Masten vorgesehen.

Herr Glauber, ich sage Ihnen eins: Hören Sie mit dem verdammten Populismus auf. Das hat schon der Kollege Holetschek gesagt. Es ist keine Pflichtaufgabe der Kommune. Ich sage es ganz deutlich: Kein Bürgermeister soll danach kommen und sich über einen weißen Flecken beschweren. Wenn er seinen weißen Flecken schließen will, kann er mein Programm in Anspruch nehmen. Wenn er das nicht tut, soll er bitte auch nicht klagen und nicht jammern. Wir werden dieses Programm durchführen. Herr Glauber, auf gut Deutsch gesagt: Wenn ein Bürgermeister nicht den Mut hat, als Bauherr aufzutreten, dann bieten wir ihm, damit es ganz komfortabel wird, das Baukon-

zessionsmodell an. Er kann dann einen Konzessionär beauftragen, das im Auftrag der Kommune zu machen. Wenn die Kommunen nach der Bindungsfrist fragen, kann ich nur Folgendes sagen: Die Bindungsfrist für den 80-prozentigen Zuschuss, den wir den Kommunen gewähren, wurde von mir von zehn auf sieben Jahre reduziert. Nach sieben Jahren kann er mit dem Mast machen, was er will. Meine Damen und Herren, komfortabler geht es nicht. Für Regionen mit besonderem Handlungsbedarf werden mit dem Programm 90 % der Kosten ersetzt. Den Rest holt sich der Bürgermeister, indem er den Mast an einen Mobilfunkbetreiber vermietet. Ich fördere die Mast-Infrastruktur passiv: Sockel, Mast, Leerrohr und Stromzuführung. Es ist also ein Komfortprogramm. Ich halte nichts davon, dieses Programm schlechtzureden.

Von Mitgliedern dieses Hohen Hauses erwarte ich Folgendes: Wenn ein Pakt geschlossen wird, den die Bayerische Staatsregierung, die drei Mobilfunkbetreiber Telekom, Telefónica und Vodafone und die drei kommunalen Spitzenverbände unterzeichnen, dann ist es ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieser Pakt so schnell wie möglich umgesetzt wird. Wir warten noch auf die Unterschrift aus Brüssel. Wir haben ordentlich nachgeliefert. Das haben wir sehr schnell gemacht. Ich gehe davon aus, dass die Kommission das genehmigen wird.

Herr Glauber, ich darf Sie beruhigen. Heute Morgen habe ich noch einmal nachgefragt. Ich habe am 1. Juni ein Mobilfunkzentrum in Regensburg eröffnet. Es gibt auch Bürgermeister der FREIEN WÄHLER, die fragen: Herr Minister, wann ist es so weit? – Ich baue es selber. Einige haben auch einen Konzessionär, der das macht. Lassen Sie uns diese Chance aufgreifen.

Herr Ganserer, bei der Infrastruktur gibt es Nachholbedarf. Da gebe ich Ihnen recht. Wir leisten unseren Beitrag dazu, diese Lücken zu schließen. Bitte tun Sie mit dem Gemeindetag, dem Städtetag, dem Landkreistag und den drei Mobilfunkbetreibern alles, um die weißen Flecken im Freistaat schnell zu schließen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Damit sind die Redezeiten ausgeschöpft. Die Aktuelle Stunde ist beendet. Ich gebe bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Tagesordnungspunkt 5, zum Klimaschutzgesetz, namentliche Abstimmung beantragt hat.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, teile ich Ihnen den Wunsch der Fraktionen mit, den Tagesordnungspunkt 3 um zehn zusätzliche Anträge zu erweitern. Die Ausschüsse haben in dieser Woche noch Anträge beraten, die auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen noch in die Anlage zur Tagesordnung aufgenommen werden sollen und bei denen bei der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses zugrunde gelegt werden soll. Eine Liste mit den entsprechenden Anträgen und den Voten dazu wurde für Sie aufgelegt. Die Abstimmungsliste wurde ebenfalls dementsprechend ergänzt.